

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1959

Das Bild, das die westdeutsche Wirtschaft an der Jahreswende bot, hat sich auch in den ersten Monaten dieses Jahres nicht wesentlich verändert. Es läßt sich nach wie vor grob beschreiben als das einer Wirtschaft mit stark abgeschwächtem und — vor allem im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten — zu langsamem Wachstumstempo bei sehr unterschiedlichen, teilweise sogar entgegengesetzten Entwicklungen der einzelnen Wirtschaftszweige — ein Vorgang, der anschaulich als *gespaltene Konjunktur* bezeichnet wird. Den konjunkturellen „Spitzenreitern“ mit sehr hohen Zuwachsraten, zu denen u. a. die Bauwirtschaft, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Mineralöl- und Kunststoffverarbeitung gehören, stehen als konjunkturell gedrückte Wirtschaftsbereiche vor allem der Steinkohlenbergbau, die eisenschaffende und die Textilindustrie gegenüber.

Eine Verlangsamung des Wachstumstempos war freilich mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung zu erwarten. Während vorher nämlich sowohl die erhebliche Zunahme der Arbeitskräfte als auch die Leistungssteigerung je Beschäftigten *zusammen* den realen Zuwachs des Sozialprodukts bewirkten, hängt jetzt und künftig der Umfang des Wachstums fast ausschließlich von der Steigerung der Produktivität ab. Die Kernfrage ist nunmehr, ob durch bessere Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten eine höhere Produktivität und damit ein größeres Wachstum erreichbar ist, eine Frage, auf die an anderer Stelle noch eingegangen wird.

Zunächst sollen die starke Abschwächung des Wachstumstempos und die großen Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige auch von der Nachfrageseite her betrachtet werden. Von dort her lassen sich nämlich diese beiden auffallendsten Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage durch zwei Vorgänge erklären, die miteinander verflochten sind. Einmal handelt es sich darum, daß sich nach und nach immer mehr Wirtschaftszweige *von einer Periode des stürmischen Wiederaufbaues auf eine normalisierte Entwicklung umstellen müssen*.

In den letzten Jahren wurde bei immer mehr Verbrauchsarten der einmalige große Nachholbedarf gedeckt. Einer normalisierten Nachfrage standen nunmehr ausreichende oder — infolge zu starker Investitionstätigkeit — sogar überhöhte Produktionskapazitäten gegenüber. Ein besonders auffälliges Beispiel hierfür ist der Textil- und Bekleidungssektor. Demgegenüber bleibt für andere Wirtschaftsgüter immer noch

ein erheblicher Nachholbedarf bestehen. Bei ihnen übersteigt die Nachfrage immer noch bei weitem die Produktionsmöglichkeiten, so z. B. bei Wohnungen, bestimmten öffentlichen Bauten (Straßen, Schulen), Personenkraftwagen und verschiedenen langlebigen Gebrauchsgütern (Kühlschränke, Küchen- und Waschmaschinen, Fernsehapparate u. ä.). Gerade bei den Wirtschaftszweigen, die diese langlebigen Gebrauchsgüter herstellen oder verteilen, spielt allerdings weniger die Deckung von Nachholbedarf eine Rolle als vielmehr ein *allmählicher Wandel in der Verbrauchsstruktur*, der in allen hochentwickelten Volkswirtschaften festzustellen ist. Diese Strukturverschiebungen sind darin begründet, daß einmal fortlaufend die Ergebnisse des technischen Fortschritts in die Massenproduktion aufgenommen werden, und zum anderen, daß die Verbrauchsansprüche mit steigenden Masseneinkommen wachsen. Die Nachfragestruktur hat sich z. B. in letzter Zeit immer mehr zugunsten der langlebigen Gebrauchsgüter, der Kunststoffe, der Dienstleistungen, der kohle-sparenden Elektrizität und des Heizöls geändert¹⁾.

*

Die Angaben über die industrielle Produktion seit Jahresbeginn, die bisher allerdings nur erst für Januar und Februar vorliegen, ergeben, wie schon eingangs erwähnt, weiterhin das Bild einer zwiespältigen Konjunktur. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde nach wie vor in erster Linie von den Investitionen der konjunkturell begünstigten Bereiche, von der Wohnungsbau- und der öffentlichen Bautätigkeit sowie von der lebhaften Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern, Kunststoffen und sonstigen technisch modernen Wirtschaftsgütern getragen. Die höchsten Jahreswachstumsraten hatten u. a. die Mineralölverarbeitung (im Februar 32,4 vH), die Chemiefaserproduktion (25,1 vH), der Roh- und Tiefbau (18,6 vH), die Baumaschinenproduktion (16,4 vH), die Erdölgewinnung und der Fahrzeugbau (je 13,2 vH) und die elektrotechnische Industrie (12,8 vH).

Demgegenüber weisen die konjunkturell benachteiligten Wirtschaftszweige immer noch zum Teil erhebliche Produktionsschrumpfungen auf. So war z. B. die arbeitstägliche Eisen- und Stahlerzeugung im Februar um 14,6 vH niedriger als vor einem Jahr, im Januar sogar um 18,4 vH. Bei den Gießereien betrug die Abnahme im Vergleich 1959/1958 7,9 vH, beim Stahlbau 9 vH, bei der Schuhproduktion 6,3 vH, der Textilproduktion 4,2 vH und im Kohlenbergbau 2,9 vH. Recht eindrucksvoll ergibt sich sowohl die Rückläufigkeit der Konjunktur als auch die Differenziertheit der industriellen Produktionsentwicklung aus einer Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI)

1) Im letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage (GM, Heft 2/1959, S. 109 ff.) waren diese Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen näher beschrieben worden.

der Gewerkschaften²⁾). Danach ging der — an den Nettoproduktionswerten gemessene — Anteil der Industriezweige mit zunehmender Produktion von 63 vH im vierten Vierteljahr 1958 und 59 vH im Jahresdurchschnitt 1958 auf 52 vH im Januar/Februar 1959 zurück. Demgegenüber stieg der Anteil der Zweige, die ihre Produktion verringert haben, von 30 vH im vierten Vierteljahr 1958 und 24 vH im Durchschnitt 1958 auf 38 vH im Januar/Februar 1959. Die Anteile der Zweige mit gleich gebliebener Produktion betragen 7 vH (viertes Vierteljahr 1958), 17 vH (1958) und 10 vH (Januar/Februar 1959).

Der Ernst der wirtschaftlichen Lage und die *Dringlichkeit von Maßnahmen*, die nicht nur den Wachstumsrückgang aufhalten, sondern darüber hinaus wieder zu höheren Zuwachsraten führen, läßt sich auch aus der geringen Zunahme der Industrieproduktion insgesamt erkennen. Der Februar brachte zwar wieder eine Produktionssteigerung um 2 vH gegenüber dem Februar 1958. Der Januar aber war dagegen der zweite Monat seit Beginn der rückläufigen Konjunktur gewesen, in dem eine absolute Abnahme zu verzeichnen war — zum erstenmal erfolgte dies im Mai 1958. Werden die beiden Monate Januar und Februar zusammengekommen, dann ergibt sich nur ein Jahreszuwachs von 0,8 vH gegenüber 3,6 vH in den beiden gleichen Vorjahresmonaten und 9 vH im Januar/Februar 1957.

Während in vielen Branchen die Produktion eingeschränkt wurde oder jedenfalls nicht mehr zunahm, weiteten sich gleichzeitig jedoch die Produktionsmöglichkeiten durch die Beendigung von Investitionsvorhaben aus, die in früheren Jahren beschlossen und begonnen worden waren. Wie groß das entstandene Mißverhältnis zwischen Produktion und Produktionskapazität (-möglichkeit) in den einzelnen Wirtschaftszweigen ist, läßt sich aus der amtlichen Industrieberichterstattung nicht erkennen. Der von gewerkschaftlicher Seite seit vielen Jahren gestellten Forderung nach einer ausführlichen *Investitionsstatistik*, die einen Überblick über den jährlichen Kapazitätszuwachs bieten würde, ist leider bisher nicht entsprochen worden. Deshalb läßt sich der Umfang der brachliegenden Kapazitäten nur grob abschätzen, indem z. B. die heutige Produktionshöhe mit dem bisher erreichten Produktionshöchststand verglichen und die seitdem vermutlich erfolgte Kapazitätserweiterung berücksichtigt wird. Auf diese Weise schätzt das WWI, daß z. B. bei den Gießereien 20 bis 25 vH der Produktionsmöglichkeiten zur Zeit unausgenutzt sind, beim Kohlenbergbau 15 bis 20 vH, in der eisenschaffenden Industrie rund 30 vH, im Stahlbau mindestens 30 vH, in der Textil- und Schuhindustrie jeweils mindestens 25 vH und beim Maschinenbau mindestens 20 vH³⁾.

2) WWI-Mitteilungen Heft 4/1959, S. 82.

3) WWI-Mitteilungen Heft 3/1959, S. 54 — 56.

Diese hohen Anteile ungenutzter Produktionsmöglichkeiten hemmen die Produktivitätssteigerung erheblich, weil die Zahl der Beschäftigten und der Arbeiterstunden — sozialpolitisch zum Glück — nicht in gleicher Weise eingeschränkt werden können. Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 6. Februar 1959) ist die Verringerung der Zuwachsrate der industriellen Arbeitsproduktivität in letzter Zeit „eindeutig die Folge verschlechterter Ausnutzung der Anlagen und nur in einigen Ausnahmefällen eine Auswirkung der seit 1956 zum Zuge gekommenen Arbeitszeitverkürzung“, die übrigens, wie das Institut weiter feststellt, „nachweisbar in nahezu allen Industriezweigen von einer erheblichen Zunahme des Produktionsergebnisses je Arbeitersstunde begleitet wurde“. Umgekehrt wäre also eine spürbare Produktivitätssteigerung und damit eine höhere Zuwachsrate möglich, wenn es gelänge, die Produktionsmöglichkeiten in den konjunkturell benachteiligten Wirtschaftszweigen besser und möglichst optimal auszunutzen. Nun gibt es zwar Anzeichen, die auf eine allmähliche Erholung in einigen wichtigen Zweigen hinweisen. So haben sich die Auftragseingänge im allgemeinen und insbesondere auch in den im Konjunkturschatten stehenden Branchen im Februar und März beachtlich erhöht, wobei vor allem die Auslandsbestellungen stärker zugenommen haben. Außerdem ist z. B. der Lagerabbau in der Textilwirtschaft so weit fortgeschritten, daß er sich kaum mehr hemmend auf die Absatzlage der Erzeuger auswirkt. Auch bei den Stahlverbrauchern haben sich die Vorräte weiterhin verringert, so daß die Nachfrage nach Stahl bald wieder dem (höheren) Verbrauch entsprechen dürfte.

So erfreulich diese Veränderungen auch im einzelnen sind, eine erneute Produktionsausweitung, die zu einer wesentlich besseren Kapazitätsauslastung führt, ist jedoch von ihnen nicht zu erwarten. Wenn das erfolgen und insgesamt das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft wieder stärker werden soll, dann bedarf es größerer Anstrengungen als bisher. *Dann muß insbesondere die Verbrauchernachfrage verstärkt werden*. „Eine Förderung der gewerblichen Investitionen über die bereits gebotenen Möglichkeiten hinaus wäre dagegen“, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 26. März 1959, schreibt, „unter den gegenwärtigen konjunkturellen Bedingungen kaum zu empfehlen, solange die Zunahme der Kapazitäten der Zunahme der Einkommen voraneilt.“ Während vom Verbrauch im vergangenen Jahr und auch in den ersten Monaten dieses Jahres im ganzen kaum lebhaftere Impulse auf das wirtschaftliche Wachstum ausgingen, wurde dieses hauptsächlich von der Investitionstätigkeit der sich ausdehnenden Branchen getragen. Insgesamt stiegen die Brutto-Anlageinvestitionen trotz der Konjunkturabschwächung 1958 gegenüber 1957 um 6,4 vH

auf 49,2 Mrd. DM an, die Zuwachsrate ist höher als die des Brutto-Sozialprodukts. Die Brutto-Investitionsquote ist mit 22,2 vH sogar noch etwas höher als 1957 und kaum niedriger als in den Jahren der Hochkonjunktur; 1955 betrug sie 22,5 vH und 1956 22,9 vH. Dagegen hat die Ausweitung des privaten Verbrauchs nicht mit der des Sozialprodukts Schritt gehalten. Nominal betrug 1958 die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs 5,8 vH, des Sozialprodukts 6,1 vH, real (in Preisen von 1957) sind die entsprechenden Zahlen 2,6 vH und 2,8 vH. Während die Bundesrepublik mit ihrer hohen Investitionsquote weiterhin an der Spitze der westlichen Volkswirtschaften liegt, ist demgegenüber der Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt mit 58,5 vH (1958) erheblich niedriger als der in vergleichbaren Volkswirtschaften, wie die Großbritanniens, Schwedens und der Vereinigten Staaten, wo er in den letzten Jahren zwischen 62 und 65 vH betrug.

Mit dieser Gegenüberstellung soll nun keinesfalls einer Drosselung der Investitionstätigkeit das Wort geredet werden; in den konjunkturell benachteiligten Wirtschaftsbereichen hat ohnehin die Investitionsbereitschaft stark nachgelassen. Der Vergleich liefert jedoch einen weiteren Grund dafür, daß die Konjunkturbelebung diesmal in erster Linie durch eine Steigerung der Verbrauchernachfrage zu erfolgen hat. Die Kaufkraft der Verbraucher kann nun entweder durch Preissenkungen oder durch Einkommenserhöhungen oder durch beides zugleich vergrößert werden. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* und sein Ministerium, das Bundesarbeitsministerium, eine Reihe von Forschungsinstituten und öffentlichen Stellen halten gegenwärtig die erste Möglichkeit für die beste und haben die Unternehmerschaft, besonders der konjunkturell schwachen Branchen, aufgefordert, die Preise zu senken. Das Bundeswirtschaftsministerium z. B. meint, daß die Voraussetzungen für Preissenkungen selten so günstig waren wie jetzt. Die Rohstoffpreise und die Frachtraten, die Kapital- und Kreditkosten seien heute niedriger als seit Jahren, die hohen Rationalisierungsinvestitionen hätten einen beträchtlichen Spielraum für Produktivitätssteigerungen geschaffen und die Lohnbewegung sei zur Zeit gering. „Wenn alle in dieser Situation liegenden Chancen für eine Umsatzsteigerung durch Preissenkungen . . . rasch und voll genutzt werden“, heißt es weiter im vorletzten Lagebericht des Ministeriums, „dann kann das gegenwärtig ruhige Lohnklima erhalten werden, ohne daß es zu einer für die weitere Produktions- und Beschäftigungsentwicklung nachteiligen Abflachung des Verbrauchszuwachses kommt . . . Es sprechen alle Überlegungen für einen raschen und mutigen Entschluß zu Preisermäßigungen auf breiter Front.“

Diese Ausführungen sind zweifellos richtig. In der Praxis zeigt sich aber, daß ihnen und den

Beschwörungen Minister Erhards wenig Gehör geschenkt wird. Wenn die Erzeuger schon die Preise senken, wie es z. B. in der Textilindustrie im letzten Jahr der Fall war, -dann werden die Ermäßigungen meist nicht oder nur in sehr geringem Umfang von den Handelsstufen weitergegeben.

Ein anderes Beispiel liefert die Stahlindustrie. Dort hat sich für die französische Konkurrenz durch die rund 15prozentige Franc-Abwertung ein Preisvorteil ergeben, der trotz gleichzeitiger Erhöhung der französischen Stahlpreise noch gegenüber deutschen Stahlsorten bestehen bleibt. In Erwartung von Angleichungen der deutschen Preise halten die deutschen Stahlverbraucher zur Zeit mit Aufträgen zurück. Dennoch kann sich die Stahlindustrie nicht zu allgemeinen Preiserhöhungen entschließen, sondern sie wählt den Weg fallweiser Preissenkungen. Aber auch die Bundesregierung selbst gibt in den Bereichen, in denen sie die Preise beeinflussen kann, kein Vorbild ab. Weder haben die Unternehmungen des Bundes oder anderer öffentlicher Körperschaften bisher dort, wo es möglich und sinnvoll war, die Preise gesenkt und damit die „Preisführerschaft“ übernommen, noch hat die Bundesregierung ihre Politik der Einschränkungen von Agrareinfuhren aufgegeben. Sie hat sogar Preiserhöhungen zugestimmt (Milch) oder sie — aus der Sicht des Konjunkturbeobachters zum psychologisch ungünstigsten Zeitpunkt — angekündigt (Mieten, Kostenbeteiligung bei der Krankenversicherung). In den letzten Monaten sind jedenfalls die industriellen Erzeuger- und die Einzelhandelspreise fast unverändert geblieben, der Preisindex für die Lebenshaltung ist sogar erneut etwas angestiegen, der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise hat sich beträchtlich erhöht.

Da also eine Steigerung der Massenkaukraft durch Preissenkungen im ganzen bisher noch nicht erfolgt ist und auch wenig Aussicht besteht, daß sie noch eintreten wird, *bleibt nur der Weg über erhöhte Masseneinkommen*. Selbst wenn es in nächster Zeit doch noch zu nennenswerten Preissenkungen käme, wären sie zur wirkungsvollen Belebung der Konjunktur allein nicht ausreichend. Rechtzeitige Preisermäßigungen sind zwar als zusätzliche Kaufanreize gerade heute wünschenswert, „ohne die gleichzeitige Kräftigung der Nachfrage über eine stetige Einkommenssteigerung der breiten Massen werden aber gerade die Produzenten der Verbrauchsgüter nur geringe Aussichten auf eine Wendung der für sie wenig erfreulichen Konjunkturlage haben“⁴⁾.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Wirtschaftslage wird oft die Frage gestellt, ob die zusätzliche Kaufkraft, die durch Einkommenserhöhungen entsteht, nicht in erster Linie den konjunkturell bereits bevorzugten Branchen zugute kommt. Sicherlich wird bei Einkommens-

4) WWI-Mitteilungen Heft 4/1959, S. 86.

erhöhungen auch die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern, Ferienreisen und anderen gegenwärtig stark nachgefragten Gütern und Dienstleistungen weiter anwachsen, das läßt sich nicht vermeiden. Es ist aber zumindest bei den langlebigen Gebrauchsgütern damit zu rechnen, daß eine zusätzliche Nachfrage keine Preiserhöhungen auslöst. Paradoxe Weise ist nämlich in letzter Zeit zu beobachten, daß die Preise der stark nachgefragten langlebigen Gebrauchsgüter — zur Erfassung neuer Käuferschichten — mehrfach und im ganzen erheblich gesenkt wurden, während die Preise für Güter, deren Absatz zur Zeit schwierig ist, kaum nachgeben.

Für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage ist außerdem eine Befragung interessant, die kürzlich das *Kölner Institut für Selbsthilfe* vorgenommen hat. Auf die Frage, welche Anschaffungen 1959 an erster Stelle stehen, wurde am häufigsten Bekleidung genannt, nämlich in 25,4 vH aller Fälle. Es folgen Möbelanschaffungen mit 17 vH und dann erst Wünsche nach dem Kauf eines Kühlschranks mit 6,4 vH, von Radio- und Fernsehapparaten sowie Plattenspielern mit 6,1 vH und von Waschmaschinen mit 4,1 vH.

Schließlich ist einzuwenden, daß den Einkommenserhöhungen im gegenwärtigen Zeitpunkt enge Grenzen gesetzt sind. Eine Erhöhung der Löhne z. B., die den vorjährigen Prozentsatz übersteigt, ist zwar wünschenswert, jedoch in der derzeitigen rückläufigen Konjunktur nicht ohne weiteres erreichbar. Es gehört zu einer weitgehend von staatlicher Lenkung oder auch nur Einflußnahme freien Wirtschaftsordnung, daß in ihr Lohnerhöhungen gerade dann, wenn sie zur Behebung oder Vermeidung einer krisenhaften Lage dringend erforderlich wären, nur schwer oder gar nicht durchsetzbar sind. Um so mehr Bedeutung käme dann einer *spürbaren Erhöhung der Sözialeinkommen* zu, die zudem stärker noch als Lohnerhöhungen den Umsatz der Branchen mit schlechtem Geschäftsgang, z. B. im Bekleidungssektor, steigern würde. Aus dieser Sicht heraus ist die unzureichende Anpassung der Sozialrenten, die in den ersten Monaten dieses Jahres erfolgte — ganz abgesehen von den sozialpolitischen Bedenken —, sehr zu bedauern.

*

Eine rasche und zulängliche Wiederbelebung der Konjunktur und damit eine höhere Wachstumsrate hätte nicht zuletzt auch günstige Auswirkungen auf unseren *Außenhandel*. Neben anderen Vorteilen könnte die Rohstoffeinfuhr aus den wirtschaftlichen *Entwicklungsländern* ansteigen. Die Ausfuhrwaren dieser Länder sind hauptsächlich Rohstoffe. Sie konnten wegen der Konjunkturrückschläge in den Industrieländern in den letzten Jahren weniger abgesetzt werden, ihre Preise gingen stark zurück. Das hatte eine Abnahme der Devisenerlöse zur Folge, wodurch die Entwicklungsländer größtenteils gezwungen waren, das

Tempo ihrer Industrialisierungsvorhaben abzuschwächen. Abgesehen von den großen politischen Auswirkungen, führte diese Beschränkung auch dazu, daß die Industriewareneinfuhr dieser Länder nicht die wünschenswerte Höhe erreichte. Daran haben die Finanzhilfen, die diesen Ländern in zunehmendem Umfang gegeben werden, bisher nicht allzuviel ändern können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß die 2 Mrd. Dollar, die die Entwicklungsländer seit 1956 durch die jährlichen Erhöhungen der Finanzhilfen, vorwiegend aus den USA, mehr an Devisen erhalten haben, lediglich die Ausfälle an Deviseneinnahmen ausgeglichen haben, die durch die Preisrückgänge entstanden waren⁵⁾.

Die deutsche Wirtschaft hat indessen allen Grund, den wirtschaftlichen Entwicklungsländern ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nach Angaben der Berliner Bank waren diese Länder 1958 die Hauptabnehmer unserer vermehrten Ausfuhr an Enderzeugnissen⁶⁾. Im ganzen nahm 1958 nur noch unsere Ausfuhr in diese Länder zu, während die in die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückging. Die Bundesrepublik sollte daher ein besonderes Interesse an der Verminderung der Devisenschwierigkeiten dieser Länder haben und so weit wie möglich helfen. Eine vermehrte Einfuhr an gewerblichen Rohstoffen aus diesen Ländern ist dazu eine Möglichkeit, wobei die Preisgestaltung stabiler und lohnender für die Rohstoffländer werden sollte, wie es kürzlich auch Minister *Erhard* empfahl. Der Minister forderte nach der Rückkehr von seiner Ostasienreise außerdem eine Erhöhung der im Bundeshaushalt als Finanzhilfe für die Entwicklungsländer veranschlagten 50 Mill. DM auf 200 Mill. DM. Daneben sollten nach Ansicht der SPD-Wirtschaftsachverständigen Dr. *Deist* und *Kurlbaum*, die ebenfalls kürzlich Indien und andere asiatische Länder besuchten, langfristige (öffentliche) Kredite mit Laufzeiten von 25 bis 30 Jahren gewährt werden. Übereinstimmend haben sich sowohl Minister *Erhard* als auch die beiden SPD-Abgeordneten dafür ausgesprochen, daß den Entwicklungsländern im Zuge ihrer Integration in den Weltmarkt und im Interesse einer größeren internationalen Arbeitsteilung mehr und mehr Enderzeugnisse aus einfachen Fertigungen abgenommen werden. Das bedeutet natürlich auch Umstellungen in der heimischen Produktion. Sie sollten rechtzeitig und weit vorausplanend ergriffen werden, um sowohl Arbeitslosigkeit oder plötzlichen Berufswechsel als auch zweischneidige kurzfristige Behelfsmaßnahmen, wie z. B. jetzt beim Steinkohlenbergbau, zu ver-

5) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 20. März 1959, S. 50. Vgl. auch „Zur Entwicklung der Zahlungsbilanzen in den Jahren 1956 — 1958“ in „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung“, Heft 1/1959.

6) Mitteilungen für den Außenhandel, herausgegeben von der Berliner Bank, H. 2/1959, S. 5.

meiden. Vollbeschäftigungspolitik hat jedenfalls heute nicht mehr nur die Aufgabe, konjunkturellen Schwankungen zu begegnen, sondern sie muß auch auf Änderungen der Struktur — bei der Nachfrage sowie bei der Produktion (Automatisierung) — vorbereitet sein. Schließlich sollte überlegt werden, ob nicht auch die Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus den wirtschaftlichen Entwicklungsländern verstärkt werden kann. Freilich ist dazu eine Änderung unserer Agrareinfuhrpolitik erforderlich. Die erheblichen Einfuhrbeschränkungen auf dem agraren Sektor haben jedenfalls nach einer Auffassung, die in der bedeutendsten deutschen Wirtschaftszeitschrift *Der Volkswirt* vertreten wurde, einen nicht geringen Anteil an dem hohen Außenhandelsüberschuß, der 1958 nochmals gegenüber 1957 gestiegen ist — daneben werden die konjunkturell bedingte Einfuhrabnahme bei den Rohstoffen, besonders bei amerikanischer Kohle, Wolle und Baumwolle, sowie der beträchtliche Rückgang der Einfuhrpreise genannt⁷⁾. Der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr betrug 1958 rund 5,87 Mrd. DM gegenüber 4,27 Mrd. DM im Jahre 1957. Im ersten Vierteljahr 1959 übertraf der Außenhandelsüberschuß mit 1,32 Mrd. DM nochmals das Ergebnis der gleichen Vorjahrszeit, und zwar um fast 400 Mill. DM (=43 vH). Während der Überschuß in den letzten Jahren aber dadurch entstand, daß die Ausfuhrwerte

und -mengen stärker zunahmen als die Einfuhrwerte und -mengen, bildete er sich im vorigen Jahr nicht mehr in gleicher Weise. Die Ausfuhr stieg nur noch schwach — wertmäßig um 3 vH (1957 um 17 vH), der Menge nach um 4vH (14 vH). Sie betrug 37 Mrd. DM, das waren 14 vH des Bruttosozialprodukts. Die Einfuhr nahm wertmäßig sogar um 2 vH auf 31,1 Mrd. DM ab (1957: + 13 vH). Wegen der Preisrückgänge war die Einfuhrmenge jedoch angestiegen, und zwar mit 7 vH (12 vH) seit Jahren erstmals stärker als die Ausfuhr. Dieser Steigerungssatz ergibt sich jedoch als Ergebnis entgegengesetzter Vorgänge. Einer überdurchschnittlichen Zunahme der Fertigwareneinfuhr steht eine erhebliche Abnahme der Einfuhr an Rohstoffen und Agrarerzeugnissen gegenüber. Während die Einfuhr an Fertigwaren von 6,5 Mrd. DM auf 8,5 Mrd. DM anstieg, verringerte sie sich bei Nahrungsmitteln, Halbwaren und Rohstoffen um 2,7 Mrd. DM, darunter bei letzteren allein um 1,7Mrd.DM⁸⁾. Der Anteil der Fertigwaren an der Gesamteinfuhr nahm von 20,3 vH auf 23,7 vH zu. Auch im ersten Vierteljahr 1959 setzten sich die eben beschriebenen Tendenzen fort. *Günter Pehl*

7) „Perspektiven des Außenhandels für 1959“ in „Der Volkswirt“ vom 28. Februar 1959, S. 365.

8) Vgl. „Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958“ in „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, März 1959, S. 11 und 12.